

# Ein Grenzstein als Denkmal

Ohne Beschluss des Gemeinderats enthüllt OB Ilg zu den 32. Heimattagen der Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel einen Gedenkstein am Schlossberg.

**DKP Stadtrat Huber nahm zu diesem Verwaltungsakt in der Sitzung des Gemeinderats am 29.04.2004 Stellung**

Hier der Wortlaut seiner Stellungnahme:

Am 16.05.2004 soll am Schlossberg ein Gedenkstein der Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel enthüllt werden, ohne dass der Gemeinderat jemals damit befasst gewesen wäre. Über die Aufstellung des Steins hat allein der Oberbürgermeister, ohne Rücksprache mit dem Gemeinderat und ohne dessen Beschlussfassung, entschieden. Ich halte dieses Vorgehen für nicht akzeptabel.

Ebenso wie die Widmung von Straßen und Plätzen ist auch die Aufstellung eines Denkmals eine Angelegenheit, die der Zustimmung des Hauptorgans Gemeinderat bedarf. Dies trifft im konkreten Fall umso mehr zu, als es sich bei dem fraglichen Denkmal in Form eines symbolischen Grenzsteins um eine Entscheidung von überregionaler politischer Bedeutung handelt. Derartige Entscheidungen können nicht in die Kompetenz des Technischen- und Umweltausschusses im Rahmen eines Wegesanierungsplans und auch nicht in die Kompetenz des Oberbürgermeisters fallen, auch wenn dieser, wie wir wissen, der Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel und

der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) besondere Sympathien entgegen bringt.

Neben der Kritik am Vorgehen ist auch Kritik an dem Denkmal selbst angebracht.

Der Stein sei, so die Initiatoren, den Grenzsteinen nachempfunden, die die österreichische Kaiserin Maria Theresia im 18. Jahrhundert im Gebiet um Jihlava/Iglau aufstellen ließ, um Grenzstreitigkeiten ein für allemal zu beenden. Es wäre durchaus zu wünschen, dass die Lehre beherzigt wird, wonach ein friedliches

Neben- und Miteinander nur möglich ist, wenn die festgelegten Grenzen respektiert werden.

Nun handelt es sich bei den Initiatoren, der Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel, um eine Formation im Rahmen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), die durch vielerlei Äußerungen immer wieder Zweifel an ihrer Bereitschaft aufkommen



lässt, die zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik festgelegten Grenzen als endgültig anzuerkennen und zu respektieren. So wurde z.B. gerade in den letzten Monaten in der Sudetendeutschen Zeitung, dem

offiziellen Verbandsorgan der SL, immer wieder die Legitimität der Gründung der Tschechoslowakischen Republik in den historischen Grenzen des Königreichs Böhmen in Frage gestellt. Auch in ihren Aussagen zum Münchner Diktat von 1938 geht die SL offensichtlich davon aus, dass dieses Annexionsdiktat nicht Unrecht war, sondern vielmehr die Behebung eines Unrechts bedeutete, das die SL in der Gründung der CSR (1918/19) sieht. Die Gestaltung des Denkmals als Grenzstein ist damit durchaus zweideutig und kann wohl kaum im Sinne der oben beschriebenen positiven Lehre interpretiert werden.

Problematisch scheint mir auch die Inschrift „Den Opfern von Gewalt und Vertreibung“. Auf welche „Gewalt“ und welche „Vertreibung“ bezieht sich die Inschrift? Meinen die Initiatoren nur die „Gewalt und Vertreibung“, die sie selbst erlitten haben? Oder bezieht sich die Inschrift auf „alle Gewalt“ und „jede Vertreibung“? Die Gleichsetzung ungleicher Geschehnisse durch die zweite Version wäre nicht akzeptabler als die Blindheit für das Leiden Anderer in der ersten.

Der Stein kann aus den genannten Gründen weder der politischen Kultur in unserer Stadt noch den guten Beziehungen zu unserer Partnerstadt Jihlava dienlich sein.

Die Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters zur Aufstellung des geplanten Gedenksteins durch die Gemeinschaft Iglauer Sprachinsel muss daher entschieden zurückgewiesen werden. Der Verwaltungsakt, der auf diese Weise in Gang gesetzt wurde, ist nicht durch einen Mehrheitsbeschluss des Gemeinderats legitimiert.



Platz in Jihlava



Gedenktafel erinnert an die von den Nazis zerstörte Synagoge in der Beneš-Straße in Jihlava. Fast alle jihlavaer Juden verloren in den faschistischen Konzentrationslagern ihr Leben.

### Anti-Tschechische Hasstiraden

„Kostproben“ aus der Rede von Prof. Übelacker beim Sudetendeutschen Tag 2002 veröffentlicht in „konkret“ Heft 4/2003, S. 26 ff.

„Die Tschechische Republik betreibt eine Raubsicherungspolitik.“

„Es ist gut, dass wir nicht locker gelassen haben, die Vermögensfrage ins Zentrum der Überlegungen zu stellen. Denn was nützt uns ein Heimatrecht, wenn wir uns irgendwo einen neuen Bauernhof kaufen müssen und den alten dem tschechischen Räuber oder dem tschechischen Räuberstaat überlassen müssen?“

„Ich verstehe nicht, wieso man es insbesondere von den deutschen Politikern hinnimmt, dass die Räuber die Opfer öffentlich diskriminieren dürfen...Das ist eigentlich die Unterwerfung unter die tschechische Raubsicherungspolitik.“